



Nr. 161. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 93. Jahrgang.

Erstausgabe: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 12 Pfg., außerhalb derselben 15 Pfg., Reklamen 20 und 25 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9. Freitag, den 12. Juli 1918. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 1.95 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortsbezirk Mk. 1.85, im Fernverkehr Mk. 1.95. Bestellgeld in Württemberg 30 Pfg.

# Der Reichskanzler über die Politik der Regierung.

## Die Vorgänge in Rußland.

**Der russische Sowjetkongress gegen die Erneuerung des Krieges mit Deutschland.**

Moskau, 12. Juli. (Petersb. Tel.-Ag.) (Amtlich.) Am 4. Juli wurde auf dem russischen Sowjetkongress von der Mehrheit mit über zwei Drittel Stimmen die Zustimmung mit der ausländischen Politik des Sowjets der Volkskommissare ausgesprochen, wodurch zugleich der Protest gegen eine Erneuerung des Krieges mit Deutschland zum Ausdruck gelangte. Die linke sozialrevolutionäre Partei machte, gestützt auf die einige Tage vorher aus Noworossijsk nach Moskau eingebrachte Abteilung Matrosen von 1000 Mann, welche sich geweigert hatten, die ihnen anvertrauten Kriegsschiffe nach Sewastopol zu führen und statt dessen diese Schiffe bei Noworossijsk versenkten, einen Versuch eines bewaffneten Aufstandes, wozu als Signal die Ermordung des deutschen Botschafters durch die Mitglieder der linken sozialrevolutionären Partei Anarejow und Blumkin diente. Bewaffnete Abteilungen der linken sozialrevolutionären Partei besetzten plötzlich die Post und den Telegraphen, verhafteten den Vorsitzenden des Moskauer Sowjets, Smidowitsch, den Vertreter des Volkskommissars des Innern, Batis, und den Vorsitzenden der außerordentlichen Kommission des Kampfes mit der Gegenrevolution, Dierschinski. Der Sowjet der Volkskommissare sandte im Laufe des 6. Juli an die Arbeiter und die Moskauer Garnison einen Aufruf um Unterstützung des Sowjets von ganz Rußland. Der Aufruf wurde vollkommen unterdrückt und einige hundert der noch am Leben gebliebenen Aufständigen verhaftet. Es ist eine besondere Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des Volkskommissars der Justiz, Stutschka, errichtet worden. Die Kommission legte klar, daß die linke sozialrevolutionäre Partei, welche nur während der Dauer von zwei Stunden den Telegraphen in den Händen hatte, auf telegraphischen Wege in Petrograd und Tula einen Aufruf hervorzurufen versuchte und wunderliche Gerüchte über die Beziehungen der Sowjetregierung zu den Deutschen verbreitete, die im Stande waren, das Volksgemüt aufzuwühlen. Auf dem Kongress der Sowjets war die Aufstandspartei in der Minderzahl vertreten, doch wäre die Sowjetregierung zweifellos gestützt worden, falls es möglich gewesen wäre, einen Erfolg zu erzielen.

**Die Zustände im Norden Rußlands.**

(RUB.) Moskau, 11. Juli. Die Presse meldet: In den nächsten Tagen wird die Ankunft des englischen Botschafters Buchanan in Bologda erwartet. — Am 7. Juli hat wieder eine Versammlung aller Kriegskommissare und Leiter der Militärabteilungen der Sowjets stattgefunden. Der oberste Kriegssowjet wird nach Muron übersiedeln. — Die Reise nach Simbirsk und Kuluga, ebenso nach Archangel und dem Gouvernement Pskow ist aus wirtschaftlichen Gründen verboten. — Trotski soll auf dem allrussischen Kongress der Sowjets erklärt haben, er habe Nachrichten, daß an der Front die Einigkeit der Sowjettruppen durch englisch-französische Propaganda gelitten habe. Einzelne Teile der Truppen seien zum Feind übergegangen. — Der Kriegszustand wurde über die Murmanhäfen und die Bahn bis Sionka erklärt.

**Das Wahlrecht in der Sowjet-Republik.**

Dem von der „Röfischen Zeitung“ mitgeteilten Verfassungsentwurf, der gegenwärtig dem Sowjetkongress in Moskau zur Bestätigung vorliegt, entnehmen wir folgende Bestimmungen über das Wahlrecht:

1. Das Recht, zu wählen und in die Sowjets gewählt zu werden, genießen folgende Bürger der russischen sozialistischen Sowjetrepublik beiderlei Geschlechts, welche bis zum Tage der Wahlen das 18. Lebensjahr vollendet haben. 1. Alle, welche die Mittel zum Leben durch eine produktive oder der Gesellschaft nützliche Arbeit erworben haben und Mitglieder von Berufsverbänden sind und zwar: a) Arbeiter und Angestellte aller Kategorien, die in der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft beschäftigt sind; b) Bauern und Kojaken-Landarbeiter, die keine Mietarbeit benötigen; c) Angestellte und Arbeiter bei den Beamten der Sowjetregierung. 2. Soldaten der Armee und

Marine der Sowjets. 3. Bürger, die in den Kategorien 1 und 2 aufgeführt sind und in irgend einem Maße die Arbeitsfähigkeit verloren haben.

II. Wähler aktivbes noch passive Wahlrecht haben, wenn sie auch zu einer der oben aufgeführten Kategorien gehören: 1. Personen, welche gemietete Arbeit verwenden, um daraus einen Zuwachsgewinn zu ziehen. 2. Personen, welche ein Einkommen ohne Arbeit haben wie: Prozente vom Kapital, Einkünfte vom Eigentum usw. 3. Private Kaufleute, Handels- und kommerzielle Vermittler. 4. Angestellte der religiösen Kultusgemeinden. 5. Angestellte und Agenten der früheren Polizei des Gendarmenkorps und der Ochrana. Desgleichen die Mitglieder der früher in Rußland regierenden Dynastie. 6. Personen, die in legaler Form als Irren- oder geistig minderwertig erklärt sind und ebenso Taubstumme. 7. Personen, die wegen eigenmächtiger oder entehrender Vergehen verurteilt wurden.

**Gehälter und Bohnensätze in der Sowjetrepublik.**

Nach der November-Revolution setzte die bolschewistische Regierung in Petersburg zunächst die Bezüge aller ihrer Beamten und Arbeiter einheitlich auf 500 Rubel im Monat fest. Das scheint sich nicht bewährt zu haben, denn ein Dekret Benins vom 27. Juni verfügt für die in Moskau und Petersburg wohnenden Beamten und Regierungsdienstleistungen eine Staffelform in den Bezügen. Die Angehörigen der ersten Gruppe (Volkskommissare, Mitglieder des Zentral-Exekutiv-Ausschusses, Leiter und Geschäftsführer von Regierungsunternehmungen, Leiter selbständiger Abteilungen) beziehen monatlich 750 bis 800 Rubel; dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß der Rat der Volkskommissare für die Volkskommissare, also für seine eigenen Mitglieder, Bezüge von mehr als 800 Rubel beschließen kann. Der zweiten Gruppe (600 bis 650 Rubel) gehören Beamte mit Spezialkenntnissen und besonderer Erfahrung, die beim Arbeitsprozeß angewandt wird, die aber ihre Arbeit unter Leitung einer verantwortlichen Person ausführen, an; der dritten Gruppe (400 bis 500 Rubel) die berufsmäßig geschulten Arbeiter und Beamten ohne Spezialkenntnisse, zu denen selbstverständlich auch die Volksschullehrer, Kinderärztinnen usw. gezählt werden. Eine vierte Gruppe besteht aus dem untersten Büroapparat, Lehrlingen, Wächtern, Auslaufern und dergl.; ihr Gehalt wird auf 350 Rubel festgesetzt, sofern nicht ein Berufsverband andere Bezüge festsetzt. Alle Steuerungs- und ähnlichen Zulagen, sowie alle Ausschüttungen aus Gewinnen werden abgeschafft; nur einmalige Zulagen anlässlich der Uebersiedelung eines Betriebs können gewährt werden. Eine Gehaltserhöhung ist zulässig, wenn der Empfänger arbeitsunfähige Familienmitglieder unterstützt. Abgeschafft sind ferner Doppelbezüge und Entschädigungen für Teilnahme an Kommissionsberatungen und dergl. Wohnung und Post soll nach den örtlichen Bedingungen angerechnet werden. Reisevergütungen für Dienstreisen sollen dem Gehalt des Empfängers entsprechen, jedoch nicht weniger als 20 und nicht mehr als 40 Rubel täglich betragen. Uebersunden von Beamten und Arbeitern, die nicht mehr als 550 Rubel im Monat beziehen, sollen an Werktagen nach dem üblichen Tarif, nachts und an Feiertagen in doppeltem Maß ausbezahlt werden.

## Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

**Die deutsche amtliche Meldung.**

(RUB.) Großes Hauptquartier, 11. Juli, amtlich. Westlicher Kriegsschauplatz: Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Tagsüber mäßige Geschütztätigkeit, die am Abend vielfach auflebte. Nächtl. Erkundungskämpfe. Ein härterer Vorstoß des Feindes nordöstlich von Leihune wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Lebhaftes Feuergefecht zwischen Nisne und Marne. Erneute Teilangriffe, die der Feind aus dem Walde von Biller Cotterets heraus ausführte, brachten unsere Posten in den Savieregrund zurück.

Von einem Geschwader von 6 amerikanischen Flugzeugen, die Koblenz angreifen wollten, fielen 5 Flugzeuge in unsere Hand. Die Besatzungen wurden gefangen.

## Neue U-Bootsverluste.

Berlin, 11. Juli. (Amtlich.) Von unseren U-Booten sind im Kanal neuerdings 4 bewaffnete Dampfer mit zusammen 20 000 BRT. versenkt worden.

(RUB.) Berlin, 11. Juli. Unsere Feinde und die ihnen ergebene sogen. neutrale Presse können sich nicht genug tun in Beschimpfungen unserer U-Bootsbesatzungen und entrüsteten Anklagen gegen ihre angeblich unmenschliche Kriegführung. Die deutsche Presse hat Besseres zu tun, als auf diese immer wiederkehrenden grundlosen Beschuldigungen zu antworten. Ein Sonderzufall jedoch, der nach dem Bericht des kürzlich von seinem Stützpunkt zurückgekehrten U-Bootskommandanten das Gegenteil aller Hezereien der Gegenseite beweist, soll der deutschen Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Wie am 14. Juni in dem Admiralsstabsbericht gemeldet wurde, versenkte das unter dem Befehl des Kapitänleutnants Georg stehende U-Boot auf seiner letzten Fernfahrt unter anderem das englische Bewachungsfahrzeug „St. John“ und erbeutete von ihm Geschütz und Kriegsladung. Nachdem der festliche Widerstand des Feindes im Artilleriekampf gebrochen war und darauf einige Leute an Bord mit weißen Tuchseilen winkten und die Hände hochhielten, wurde das U-Boot des U-Boots ausgesetzt und nach dem englischen Kriegsfahrzeug hinübergeschickt, um das Geschütz abzuschrauben. Das Deck des niedergelassenen Gegners war ein Trümmerschaufenster von der Besatzung waren nur noch zwei Mann unverwundet. Die Boote waren gänzlich zerstört. Trotz der durch die an Deck liegenden Wasserbomben einwandfrei erkennbaren Bestimmung dieses U-Bootsabwehrschiffes überließ Kapitänleutnant Georg der englischen Besatzung sein U-Boot, damit die wehrlosen, zum größten Teil verwundeten Engländer Rettung finden konnten. Die Bescheinigung des englischen Kommandanten über den Empfang des U-Boots wurde von dem U-Boot mitgebracht. Mit diesem Fall der Behandlung wehrloser Gegner braucht man nur die Fälle „Baralong“, „King Stephan“, „Crompton“ und den kürzlich von der Lausanner Zeitung „Feuille“ berichteten Fall zu vergleichen und man wird wissen, auf welcher Seite die größte Menschlichkeit geübt wird.

## Der Reichskanzler im Hauptauschuß des Reichstages.

**Die Stellung Deutschlands zum Frieden. — Das Verhältnis zu Rußland. — Der Wechsel im Auswärtigen Amt.**

Der Rücktritt des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Dr. v. Kühlmann, hatte bei gewissen Parteien der Reichstagsmehrheit das Gefühl ausgelöst, als solle nunmehr der Kurs der Regierungspolitik neue Wege nehmen, die nicht der Anschauung entsprochen hätten, die man in den Reihen der Mehrheitsparteien über einen gangbaren Weg zum Frieden hat. Es herrschte denn auch einige Tage lang in den Wandelgängen des Reichstages eine Krisenatmosphäre, von der man nicht wußte, ob sie nicht noch weitere Mitglieder der Regierung ansteden und zum Abgange veranlassen würde. Der Reichskanzler als bisher bewährter Seelenarzt hat aber den Herd der Infektion noch einmal zu lokalisieren vermocht, indem er schnell und sicher die Fieber erzeugende Stelle zu behandeln verstand. Er hat im Reichstags-Hauptauschuß Gelegenheit genommen, sich ausführlich über die Politik der Regierung auszusprechen, und er hat mit seinen Ausführungen auch die Mehrzahl der Mitglieder zufriedengestellt. Der Kanzler sagte, der Wechsel im Staatssekretariat des Auswärtigen bedeute keinen Wechsel des deutschen Kurses. Für die Politik des Deutschen Reichs sei allein der Reichskanzler verantwortlich, und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes habe die auswärtige Politik im Auftrag, im Einvernehmen und unter der Verantwortung des Reichskanzlers zu führen. In seinem politischen Standpunkt halte er sowohl hinsichtlich der inneren wie der äußeren Politik vollkommen fest. Die gegebenen Zusagen bezüglich der inneren Politik (preu-

**Amliche Bekanntmachungen.**

**Höchstpreise für Milch.**

Die Württ. Landesversorgungsstelle hat die Bestimmung des gesamten Bezirks des Oberamts Calw vom 2. in das 1. Preisgebiet zunächst vom 1. Juli bis 30. September 1918 angeordnet. In Abänderung der im „Calwer Tagblatt“ Nr. 266 und 292 von 1917 bekanntgegebenen Preise gelten hienach für den Oberamtsbezirk auf Grund der Verfügung des R. Minist. d. J. vom 5. November 1917, Staatsanzeiger Nr. 264, und auf Grund der Festsetzung durch den Kommunalverband folgende Preise, die bei Strafvermeidung vom Verkäufer und Käufer nicht überschritten werden dürfen:

- I. Für Erzeuger.**  
**A. Verbrauchsmilch.**
- I. Vollmilch:**
    - beim Verkauf an Verbraucher für 1 Liter:
      - ab Stall . . . . . 26 „
      - ins Haus am Ort . . . . . 27 „
  - frei Sammelstelle:**
    - in Fällen, in denen ordentlichweise keine Weiterbeförderung mit der Bahn erfolgt 27 „
    - in allen sonstigen Fällen, insbesondere bei Weiterbeförderung mit der Bahn, ist nicht der Preis unter a) maßgebend, erfolgt vielmehr die Preisfestsetzung regelmäßig auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Sammelstelle und dem Erzeuger, wobei die Sammelstelle sich innerhalb des Rahmens halten muß, der ihr durch den für sie selbst gültigen Verkaufshöchstpreis gezogen ist (vergl. Abschnitt II für Wiederverkäufer und Verarbeiter). Als Sammelstelle gilt jede öffentliche und private Unternehmung oder Einrichtung, also auch Sammelinrichtungen, bei denen Milch zum Wiederverkauf oder zur Verarbeitung von verschiedenen Lieferanten zusammenkommen.
  - frei Bahnwagen, in den Fällen, in denen die Lieferung ohne Vermittlung einer örtlichen Sammelstelle unmittelbar durch den Erzeuger erfolgt** 27 „

- frei auswärtiger Verbrauchsort in den Fällen, in denen die Beförderung nicht mit der Bahn erfolgt:**
  - an Wiederverkäufer . . . . . 27 „
  - an Verbraucher bei mehr als 3 Kilometer Entfernung ist bis zu 5 Kilometer ein Zuschlag von 1 „, darüber von 2 „ zulässig.
- II. Magermilch:**

Die Preise für Magermilch sind um 10 „ niedriger als die für Vollmilch.

**B. Verarbeitungsmilch (Vollmilch).**  
 frei Verarbeitungstätte oder Sammelstelle nicht über 24 „  
 bei Zurücknahme des Abzeuges nicht über 23,5 „  
 bei Zurücknahme der Magermilch 16 „
- II. Für Wiederverkäufer und Verarbeiter.**  
**A. Verbrauchsmilch.**
  - I. Vollmilch:**
    - frei Bahnwagen des Versandortes (Grundpreis):**
      - aus örtlichen Sammelstellen und Gutmolkereien 28 „
      - nicht aus örtlichen Sammelstellen 27 „
    - frei Rampe des Verbrauchsortes (Rampenspreis) aus anerkannten Sammelstellen** 30 „  
 (Dieser Preis darf nur von anerkannten Sammelstellen berechnet werden. Maßgebend ist das Preisgebiet des Versandortes). Als anerkannte Sammelstellen gelten die von einer Behörde errichteten öffentlichen Sammelstellen, sowie die Sammelstellen der eingetragenen Genossenschaften von Kuhhaltern und die Sammelstellen der Milchverarbeitungsbetriebe, die ihr Erzeugnis nach den Weisungen der Landesversorgungsstelle absetzen.
  - frei auswärtiger Verbrauchsort (ohne Bahnbeförderung):**
    - aus örtlichen Sammelstellen und Gutmolkereien 28 „
    - bei mehr als 3 Kilometer Entfernung ist bis zu 5 Kilometer ein Zuschlag von 1 „, darüber von 2 „ zulässig.

- nicht aus örtlichen Sammelstellen . . . . . 27 „  
 bei mehr als 3 Kilometer Entfernung ist bis zu 5 Kilometer ein Zuschlag von 1 „, darüber von 2 „ zulässig.
  - aus anerkannten Sammelstellen . . . . . 29 „  
 bei mehr als 3 Kilometer Entfernung ist bis zu 5 Kilometer ein Zuschlag von 1 „, darüber von 2 „ zulässig.
- 1. frei örtliche Sammelstelle (regelmäßig nur für Fälle, in denen ordentlichweise keine Weiterbeförderung mit der Bahn erfolgt)** 27 „
- II. Magermilch:**  
 Die Preise für Magermilch sind um 10 „ niedriger als die für Vollmilch.
- B. Verarbeitungsmilch.**  
 frei Verarbeitungstätte oder Sammelstelle, nicht über 24 „  
 bei Zurücknahme des Abzeuges nicht über 23,5 „  
 bei Zurücknahme der Magermilch nicht über 16 „
- III. Für Verbraucher.**  
**Verbrauchsmilch.**
- I. Vollmilch:**
    - beim Bezug vom Händler und bei Lieferung frei ins Haus in kleinen Städten und Landgemeinden 31 „  
 derselbe Preis wird auch den Kuhhaltern in den Gemeinden Calw, Ernstmühl, Hirsau, Liebenzell, Teinach und Unterreichenbach zuerkannt.
    - beim Bezug vom Kuhhalter:
      - ab Stall 26 „
      - ins Haus am Ort 27 „
    - beim Bezug von örtlicher Sammelstelle oder Gutmolkerei
      - ab Sammelstelle oder Gutmolkerei 28 „
      - in Haus am Ort 29 „
    - beim Bezug von anerkannter Sammelstelle
      - ab Sammelstelle 29 „
      - ins Haus am Ort 30 „
  - II. Magermilch:**  
 Die Preise für Magermilch sind um 10 Pfennig niedriger als für die Vollmilch.  
 Calw, den 10. Juli 1918. R. Oberamt  
 Assessor Dr. Blacher u. B.

fisches Wahlrecht) habe er eingehalten, und er werde auch dafür eintreten, daß etwaige Hindernisse mit Energie überwunden werden. Was die äußere Politik angeht, so stehe er auf dem Standpunkt der kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes. In dieser Antwort wird bekanntlich betont, daß die deutsche Regierung bereit sei, zu einem Frieden der Verständigung und Versöhnung, daß sie damit einverstanden sei, wenn an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechts treten soll, und daß jedem Volk eine befriedigende Existenz zugestanden wird. Gerade aber letzteres will Deutschland sich durch seinen Kampf gegen die angelsächsischen Staaten sichern. Gerade aber diese Existenzberechtigung und die Freiheit wirtschaftlicher Entfaltung wollen unsere Feinde dem deutschen Volk nehmen. Und wenn sie von einem Völkerverbündnis sprechen, wie ihn die Papstnote vorschlägt, so meinen sie einen Bund, der lediglich dazu da wäre, Deutschland und seine Bundesgenossen in ihrer Entwicklung zurückzudrängen. Der Reichskanzler hat aber in seiner Antwort auf die päpstliche Friedensnote im August vorigen Jahres auch gesagt, daß die friedensbereite Gesinnung kein Freibrief für die unabsehbare Fortsetzung des Krieges sein dürfe. Der Reichskanzler stellte jedoch auf Grund der Äußerungen der feindlichen Staatsmänner (Wilson, Balfour) fest, daß der Vernichtungswille unserer Feinde fortbestehe, und solange er fortbestehe, müsse das deutsche Volk durchhalten und werde es durchhalten. Die deutsche Regierung werde sich aber nicht von vornherein ablehnend verhalten, wenn wirklich ernstgemeinte Regungen zur Anbahnung eines Friedens sich im feindlichen Lager geltend machen. Man werde dann die ausgestreckte Friedenshand nicht zurückstoßen, sofern es sich nicht nur um mehr oder weniger zuverlässige politische Agenten handle. Dieser Standpunkt werde auch von der Obersten Heeresleitung eingenommen. Man habe im Hauptquartier dem Reichskanzler gesagt, sobald ein ernstlicher Friedenswille auf der andern Seite sich bemerkbar mache, müsse man der Sache nachgehen.

Was den Frieden mit Rußland angeht, so sollen die Beschlüsse von Brest-Litowsk in loyaler Weise durchgeführt werden in Übereinstimmung mit der Heeresleitung. Die Schwierigkeiten der Durchführung seien auf russischer Seite, weil dort die Verhältnisse noch unsicher seien. Die deutsche Regierung sei geneigt, an die Loyalität der gegenwärtigen russischen Regierung uns gegenüber zu glauben. Aber über die Macht der Sowjetregierung, ihre Zusagen einzulösen, bestehe keine feste Sicherheit. Es gäbe unaufhörlich Reibungen in den Grenzgebieten, unaufhörlich Übergriffe dieser oder jener kleinen Heeresgruppen. Der Reichskanzler ging dann des näheren auf die gegenwärtigen Zustände in Rußland ein, schilderte die Mischungen der Entente und nahm auch Stellung zur Ermordung unseres Gesandten in Moskau, jene stuchwürdige Tat, die wahrscheinlich auf das Konto der Entente zu schreiben sei. Aber die dabei verfolgte Absicht, Rußland neuerdings in einen Krieg mit uns zu verwickeln, werde Deutschland nicht unterstützen; denn Deutschland wolle keinen neuen Krieg mit Rußland. Selbstverständlich verhehle sich der Reichskanzler auch nicht, daß wir mit den verschiedensten Bestrebungen in Rußland zu rechnen haben, die durchaus deutschfeindlichen Charakter tragen. Man müsse deshalb Augen

und Ohren offenhalten, damit man nicht von einem plötzlichen Wandel der Verhältnisse überrascht werde. Die Aufgabe der deutschen Politik in Rußland sei, aufmerksam zu horchen, wohn die Richtung geht. Die deutsche Politik sei stumm, aber nicht taub. Das ist auch der einzige Weg, den wir jetzt einschlagen können. Wir müssen abwarten, wie sich die Machtverhältnisse im Innern entwickeln, inwieweit die Entente ihre Pläne des militärischen Einschreitens von der Murmanküste und Archangelst aus zu verwirklichen imstande ist, um im gegebenen Augenblick die Schritte zu unternehmen, die im Interesse der militärischen Sicherung unserer Ostfront liegen. Es scheint vorerst, als würden die Bolschewiki noch stark genug sein, die feindliche Intervention aufzuhalten. Sollte das aber nicht der Fall sein, so müßte man unbedingt im Osten wieder aktiv vorgehen. Die sibirische Frage wird uns vorerst kaum berühren. Das dürften die Fragen sein, denen die Reichsregierung im Benehmen mit der Heeresleitung ihre stete Aufmerksamkeit zuzuwenden hat, zusammen mit der Beobachtung der Entwicklung der politischen Machtverhältnisse im Innern, die natürlich entsprechend den Erfolgen oder Misserfolgen der Entente sich gestalten werden.

Ueber den Abgang Kühlmanns sagte sich der Reichskanzler kurz. Er meinte, es seien keine sachlichen, sondern persönliche Gründe für dessen Rücktritt maßgebend gewesen. Der Reichskanzler habe sich von Kühlmann trennen müssen, weil das notwendige Vertrauen zwischen ihm und andern Faktoren gefehlt habe, das zur reibungslosen Führung der Geschäfte nicht entbehrt werden könne. Wer diese anderen Faktoren sind, liegt auf der Hand. Im Hauptquartier konnte man Kühlmann seine ungeschickte Bemerkung, daß der Krieg militärisch nicht beendet werden könne, nicht verzeihen, und die Neigung Kühlmanns, unsern hartnäckigsten Feind (England) zu schonen, nachdem der Kaiser erst kurze Zeit vorher die Bedeutung dieses Krieges dahin gekennzeichnet hatte, daß es sich um einen Kampf der deutschen Weltanschauung gegen den angelsächsischen Mammonsgeist handle. Ueber den voraussichtlichen Nachfolger Kühlmanns, Herrn v. Hinzke, sagte der Reichskanzler, daß er ein genauer Kenner der russischen Verhältnisse sei. Er werde nur die Politik des Reichskanzlers machen, und das sei diejenige, mit der sich die große Mehrheit des Reichstags im November vorigen Jahres einverstanden erklärt habe. Die Mehrheit des Reichstagshauptsausschusses war mit den Ausführungen des Reichskanzlers zufrieden. Natürlich wurde von der äußersten Linken und der Rechten her noch etwas geblökt, aber im Grunde genommen hat es der Reichskanzler verstanden, wieder eine ruhige Stimmung in die Parteien zu bringen, und damit eine gedeihliche Fortentwicklung der Politik nach innen und außen zu gewährleisten. Und wenn Herr v. Hinzke die Politik des Reichskanzlers und damit der Reichstagsmehrheit energisch und mit Geschick in Worten und Taten durchführt, so wird er zweifellos auch die Zustimmung der Obersten Heeresleitung finden, die ebenfalls nur die Sicherung Deutschlands für die Zukunft anstrebt. O. S.

**Eidenehmen zwischen Bayer und Hinzke.**  
 Berlin, 11. Juli. Aus parlamentarischen Kreisen wird der „Vossischen Zeitung“ gemeldet, daß die Aussprache des Herrn v. Bayer mit dem voraussichtlichen Staatssekretär v. Hinzke so be-

riedigend ausgefallen ist, daß einem ersprießlichen Zusammenarbeiten nichts im Wege steht. Eine Payer-Krise besteht jedenfalls nicht.

**Das feindliche Echo auf Scheidemanns Rede.**  
 (F. V.) Bern, 10. Juli. Mehrere französische Blätter befaßen sich mit der von Scheidemann angekündigten Ablehnung der Kriegskredite im Reichstag. Im „Evenement“ stellt Baraine sich auf einen völlig ablehnenden Standpunkt. Scheidemanns Tugendankündigung komme zu spät. — „Recht“ schreibt „Humanité“: Man habe zu lange darauf gewartet, als daß die Kreditverweigerung die bisherige Haltung der deutschen Sozialdemokratie verwischen könne. Man dürfe nicht mehr auf das deutsche Parlament rechnen, das die alldemisch gewordene Regierung zur Vernunft bringen könnte. Aber wenn Scheidemann heute zur Opposition übergehe, habe er unbestreitbar dem Drängen der großen Masse nachgegeben, was immerhin schon kennzeichnend sei. — „Journal des Debats“ bemerkt, der deutschen Arbeiterschaft gingen allmählich die Augen auf. Scheidemanns Erklärung sei ebenso kennzeichnend wie die Kühlmanns. Deutschland beginne, nicht mehr an den Sieg zu glauben. — „Journal“ glaubt, die Haltung Scheidemanns sei durch die Furcht vor den Amerikanern veranlaßt.

**Englands Ausichten nach einer Niederlage im Landkrieg.**

In der norwegischen Zeitschrift „Ukens Revy“ vom 28. Juni werden die Ausichten Englands für den Fall einer Niederlage im Landkrieg einer Betrachtung unterzogen. Gegenüber gewissen englischen Äußerungen, die von einer Fortsetzung des Krieges auch nach dem etwaigen Verluste der Kanalüste oder selbst nach Aufgabe Frankreichs sprechen und auch in diesem Falle Englands Sieg prophezeien, meint das norwegische Organ: „Wenn England den Kriegszustand aufrechterhält, nachdem Frankreich und Italien Frieden geschlossen haben, wird damit der Landkrieg noch nicht zu Ende sein. Die Deutschen werden kaum daran denken, die britische Inseln anzugreifen, sondern sie werden zweifellos ihre Klüfte nach dem Osten richten. Um das Indische Meer herum liegt die Macht des britischen Weltreichs. Der Weg dazu geht durch den Suezkanal. England hat diesen bisher halten können, wie überhaupt seine ganze Stellung im Orient, da seine Gegner in Europa zu sehr in Anspruch genommen waren. Es war den Engländern möglich, in Mesopotamien und in Palästina vorzurücken, wenn es ihnen auch viel Zeit u. manche Niederlage gekostet hat. Die Türken ihrerseits hatten mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihr Soldatenmaterial war zunächst sehr begrenzt, so lange sie in Rumänien, im Kaukasus und an den Dardanellen kämpfen mußten. Als dann legten auch die langen und schweren Verbindungslinien von ihrer Basis aus ihnen große Schwierigkeiten in den Weg. Es ist ein Wunder, daß sie die Engländer so sehr aufhalten konnten. Bei Aufgabe des Landkrieges werden es diese Gegenden sein, wohn die Deutschen ihre freigewordenen Heere senden. Mit seiner ganzen Kraft wird sich Deutschland gegen das britische Weltreich werfen und es an seinem verwundbarsten Punkt zu treffen suchen. Und haben die Deutschen erst den Suezkanal, so ist dem engl. Weltreich eine schwere Wunde geschlagen. Ist der Suezkanal gesperrt, so wird England Indien nicht so fest in seiner Hand halten könn-

nen wie jetzt. In Mesopotamien würde die Bagdadbahn von deutschen Ingenieuren mit aller Energie bis Bagdad geführt, vielleicht bis ganz hinab zum Persischen Golf, und die britischen Truppen von der organisierten Uebermacht zurückgedrängt werden.

Was würde inzwischen in Europa geschehen? England hätte Europa an Deutschland ausgeliefert und würde selbst den Blockadefrieg weiterführen. Deutschland würde dann selbstverständlich Gegenmaßnahmen zu treffen suchen. Und zwar darf man erwarten, daß eine allgemeine Blockade gegen England in ganz Europa durchgeführt wird. Napoleons Plan würde wieder aufgenommen werden und in unserer Zeit wären die Bedingungen dafür, daß er mit Erfolg durchgeführt wird, vorhanden. Kein britisches Schiff würde einen anderen als einen englischen Hafen in Europa anlaufen dürfen, und kein europäisches Schiff würde die Erlaubnis erhalten, nach England zu fahren.

„Alens Revy“ schließt diese Betrachtungen mit der Mahnung an die norwegische Regierung, sich nicht zu einseitig in wirtschaftlicher Beziehung vom Verbandsabhängig zu machen; eine solche Politik werde für den Fall eines endgültigen deutschen Sieges von verhängnisvollen Folgen für Norwegens Zukunft sein.

### Aus dem feindlichen Lager.

**Die Behandlung der Deutschen in Jerusalem.**  
Berlin, 12. Juli. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Basel mitgeteilt wird, meldet der „Neuen Zürcher Zeitung“ zufolge, die in Damaskus erscheinende deutsche Zeitung „Jilderim“: In Jerusalem sind die Deutschen in ihren Wohnungen belassen worden. Schule und Gottesdienst gehen unbehindert vor sich. Ebenso dürfen die Schwestern des Stifts in Jerusalem bleiben, trotzdem der Stab des 20. englischen Korps dort einquartiert ist.

**Zur Englandreise des belgischen Königspaares im Flugzeug.**  
(N.V.) London, 11. Juli. Das Reutersche Bureau meldet noch über den Flug des Königs und der Königin von Belgien nach England, daß die Vorbereitungen dazu in aller Stille getroffen worden waren. Es wurden Wasserflugzeuge befliegen, wovon jedes einen Fahrgast aufnehmen konnte. Der Flug über den Kanal ging ohne Zwischenfall von statten. Der König und die Königin landeten in einem englischen Hafen, wo für ihre Weiterfahrt Automobile bereitstanden.

**Die Schulden Italiens an Amerika.**  
Berlin, 12. Juli. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ bewilligte das amerikanische Finanzamt der italienischen Regierung einen weiteren Kredit von 10 Millionen Dollar. Damit ist die Summe aller amerikanischen Vorhüsse an Italien auf 660 Millionen Dollar gestiegen.

**Taubstumme als Flieger.**  
Berlin, 12. Juli. Einer Haager Depesche des „Berliner Tageblatts“ zufolge meldet „Daily Express“ aus New-York, in New-Yorker Kreisen verlautete, daß man demnächst eine Fliegerkorps aus Taubstummen bilden werde. Sachverständige hätten nach eingehender Prüfung und Untersuchung festgestellt, daß taubstumme Flieger für alle Gefühle der Bewegung in der höheren Luft unzugänglich sind und deshalb als Flieger hohen Wert haben könnten.

**Gefinnungsänderung der Araber.**  
Konstantinopel, 10. Juli. Tanin berichtet, daß die Araber sich mehr und mehr von den Engländern zurückziehen, da sie der Bedrohung und Willkürherrschaft der Engländer überdrüssig seien — Bekanntlich haben die Engländer eine Reihe von Araberstämmen durch Bestechung ihrer Häuptlinge dazu gebracht, daß sie sich gegen die Türken auflehnten. Die Engländer haben denn vielfach mit Hilfe der Araber die türkischen Heere bekämpft. Aber andererseits hatten manche Stämme treu zur Türkei gestanden und die Schlappen der englischen Truppen nördlich von Aden beweisen mehr als alle Worte, wie verlogen die Behauptungen der Engländer waren, die Araber hätten sich von der Türkei ganz abgewendet. Nun scheinen auch die untreu gewordenen Stämme die Augen über die wahren Absichten Englands aufgehen zu wollen. England verfolgte mit der Lostrennung Arabiens natürlich nur das Ziel, dieses Land in seine Gewalt zu bringen, um sich den Weg von Ägypten nach Persien und Indien frei zu halten. Auch Arabien bildete, worauf wir schon öfters hingewiesen haben, eines von Englands Kriegszielen. Die Schrift.

**Der Brief des Richters.**  
Die Stockholmer „Allehand“ vom 22. Juni gibt eine Erklärung des indischen Nationalkomitees in Stockholm wieder, die sich mit dem vielbesprochenen Briefe des indischen Richters Subramanija Aiyar an Präsident Wilson beschäftigt. In der Erklärung heißt es: „Subramanija Aiyar ist einer der beständigsten und berühmtesten Richter Indiens. Er ist u. a. Mitglied der reichhaltigen Versammlung in Madras gewesen, Vizekanzler der Universität Madras, Mitglied des höchsten Gerichtshofes, hat eine Auszeichnung nach der anderen erhalten und schließlich auch die Titel Rai Bahadur und Dewan Bahadur. Im Jahre 1900 ist er zum Inhaber des höchsten Ordens vom „indischen Reich“ ernannt worden. Man kann infolgedessen nicht behaupten, daß er ein unverantwortlicher Mann ohne Einfluß sei, wie die englische Regierung ihre nationalistischen Widersacher sonst zu bezeichnen pflegt.“ Die englische Wochenschrift „India“ bemerkt sehr richtig, „daß er nicht zu den Leuten gehört, die eine kluge Regierung sich zum Feinde macht.“ Seine hohe Stellung in der fremden Reate-

lung, seine große Erfahrung und genaue Kenntnis des wirklichen Zustandes des Landes geben seiner Beurteilung der englischen Herrschaft in Indien, die er in seinem Brief an Wilson zum Ausdruck bringt, ihre besondere Bedeutung. Er schreibt da: „Sie, Herr Präsident, und andere Staatsmänner zugleich befinden sich in Unkenntnis über die Größe der Ungerechtigkeit und der Unterdrückung, die in Indien herrscht. Beamte einer fremden Rasse mit fremder Sprache zwingen uns ihren Willen auf, sehen für sich unbillige Gehälter und hohe Pensionen fest, verweigern uns höhere Bildung, berauben das Land seines Wohlstandes, legen uns unerhörte Steuerlasten auf, ohne unsere Menschenrechte in irgendeiner Hinsicht zu würdigen, werfen Tausende der Besten des Landes in Gefängnis, weil sie ihrer Vaterlandsliebe Ausdruck gegeben haben, in so fürchterliche Gefängnisse, daß viele Gefangene infolge schrecklicher Krankheiten sterben.“ Die Erklärung des indischen Nationalkomitees beschäftigt sich dann noch mit der in den „Times“ wiedergegebenen Interpellation im engl. Unterhaus, die an diesen Brief anknüpfte. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß Mr. Johnson Hias selbst, der jetzt den Brief als grobe Schmähung der britischen Herrschaft in Indien bezeichnet hat, sich vor wenigen Jahren in Manchester über das Auftreten Englands in Indien mit folgenden Worten äußerte: „Wir haben Indien mit dem Schwert unterworfen, und wir müssen es mit dem Schwert unterdrückt halten. Ich bin kein Heuchler, daß ich behaupten würde, wir hätten Indien und der Inder willen besetzt. Wir sind dorthin gekommen mit der Elle in der einen Hand und mit dem Schwert in der andern, und wir müssen die Inder mit dem Schwerte niederhalten, während wir ihnen die Elle in die Kehle stoßen.“

### Bermischte Nachrichten.

**Die Frage der Ansiedlungspolitik in Elsaß-Lothringen.**  
Berlin, 11. Juli. Im Hauptausschuß des Reichstags wurde heute die Beipredung des Vertrags mit der Landgesellschaft Westmark fortgesetzt. In der Abstimmung wurde die Entschließung Haug (Elsässer) im ersten Punkte gegen die Stimmen der Konservativen, im zweiten Punkte gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialisten angenommen. Diese Entschließung lautet: 1. Den zwischen dem Reich und der Landgesellschaft Westmark am 27. Januar 1918 abgeschlossenen Vertrag aufzuheben; 2. der elsäß-lothringischen Regierung anheim zu geben, die Gründung einer elsäß-lothringischen Siedlungsgesellschaft zu veranlassen, die unter Wahrung der berechtigten Landesinteressen den Erfordernissen des Reiches entspricht. — Wir haben gestern diese Frage eingehend behandelt. Der Reichstagsausschuß hat also den Vertrag mit dem Ostmarkenverein nicht gutgeheißen, und er tritt dafür ein, daß die elsäß-lothringische Regierung sich der Siedlungsfrage annimmt. Die Regierungsorgane in Straßburg haben wohl auch einen besseren Blick dafür, was den Interessen des Landes in dieser Frage entspricht. Die Schrift.

**Die fortwährenden Bombenwürfe englischer Flieger auf holländisches Gebiet.**  
Haag, 11. Juli. Das Korrespondenz-Bureau meldet amtlich: Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten teilt mit, daß am 22. Juni um 11.40 Uhr vor-mittags bei Dunderhane (Gemeinde Sluis) zwei Bomben abgeworfen wurden. Es wurde eine Person verwundet und Sachschaden angerichtet. Die Untersuchung der Bombenscherben hat ergeben, daß die Bomben britischer Fabrikate waren. Der niederländische Gesandte in London wurde deshalb beauftragt, bei der britischen Regierung nachdrücklich gegen diese neuerliche Verletzung des neutralen Gebiets, wobei beinahe eine Person ums Leben gekommen wäre, zu protestieren und die Erwartung der niederländischen Regierung auszudrücken, daß die britische Regierung den Schaden vergüten wird.

**Neue Gerüchte über den Erzaren.**  
Kopenhagen, 12. Juli. „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Ein schwed. Geschäftsmann, der dieser Tage aus Perm zurückgekehrt ist, teilte mit, der Zar lebe noch und daß das Gerücht über seine Ermordung wahrscheinlich dadurch entstanden sei, daß eine Bombe gegen das Haus des Zaren geworfen wurde. Er selbst sei unverletzt geblieben, jedoch solle sein Sohn getötet worden sein.

### Nus Stadt und Land.

Calw, den 12. Juli 1918.

#### Das eiserne Kreuz.

Der Landsturmpflichtige Karl Falmon Lanner von Neuhoß wurde mit dem eisernen Kreuz ausgezeichnet.

Musketier Fritz Hölzle aus Würzbaach hat das eiserne Kreuz erhalten.

#### Kriegsauszeichnung.

Paul Herzog aus Althengstett, Fahrer bei einem Feldart.-Regt., hat die Silberne Verdienstmedaille erhalten.

#### Der Frühkartoffelhöchstpreis.

Auf mehrfache Anfragen teilt das Kriegsernährungsamt mit, daß eine Erhöhung der Preise für Frühkartoffeln über die in der Verordnung vom 9. März 1918 vorgesehene Höchstgrenze von 10 M hinaus nicht beabsichtigt ist, zumal in wenigen Tagen mit der reichlicheren Anfuhr voll ausgereifter Frühkartoffeln gerechnet wird.

#### Gründung einer Kneederei „Schwaben“.

In der vorgestrigen Sitzung des Finanzausschusses wurde vom Finanzminister die Mitteilung über die un-

mittelbar bevorstehende Gründung einer eigenen Kneederei als gemischt-wirtschaftlicher Betrieb unter dem Namen „Kneederei Schwaben“ gemacht. Eine solche solle für die Verfrachtung der Rhein hinabgehenden Salztransporte der staatlichen Saline Friedrichshall und des Privatsalzbergwerks Heilbronn gemeinsam mit dem letzteren und mit der Firma Haniel in Duisburg geschaffen werden. Der Sitz der Gesellschaft soll Stuttgart sein, wobei Zweigniederlassungen in Mannheim u. Duisburg vorgesehen sind. Das Aktienkapital beträgt 1 Million Mark wovon der Staat 40 Prozent, das Salzbergwerk Heilbronn 34 Prozent und die Firma Haniel 26 Prozent übernommen haben mit dem Recht der Teilhaber, das Aktienkapital später auf den doppelten Betrag zu erhöhen, jedoch unter Aufrechterhaltung des vorgenannten Anteilverhältnisses. Auch ist eine spätere Beteiligung der württ. Industrie in angemessenem Umfang dabei in Aussicht genommen. Von den Ausschußmitgliedern wurde die beabsichtigte Gründung als Fortschritt und vorteilhaftes Unternehmen begrüßt, aber eine überwiegende staatliche Beteiligung als erwünscht bezeichnet. Hierauf sowie auf weitere Anfragen bemerkten der Finanzminister und Direktor von Köschl mit dem Salzwerk Heilbronn habe das staatliche Salzwerk durchweg identische Interessen auf diesem Gebiet und ein Auseinandergehen sei völlig unwahrscheinlich. Das Anteilverhältnis an der Gesellschaft und an dem Gesellschaftskapital sei ein dauerndes auch gegenüber einer Erhöhung des Aktienkapitals. Die Industrie habe jetzt schon Gelegenheit, Salz und Bergfracht zu bekommen. Die Firma Haniel ist die Kneederei auf dem Rhein und gebe Gewähr für genügende Verfrachtungen. Es sei in Aussicht genommen, das staatliche Aktienkapital zugunsten der Industrie noch etwas zu reduzieren. Die Kneederei solle den allgemeinen Landesinteressen dienen und der Staat habe sich den Vorsitz im Aufsichtsrat gesichert. Von dem Vorsitzenden von Kiene wurde die einmütige Zustimmung dem Vorgehen der Finanzverwaltung festgestellt.

\* Liebenzell, 12. Juli. (Kinotheater.) Am Samstag, Sonntag und Montag wird Direktor Binder aus Stuttgart im Saale zum „Aler“ hier ein zeitgemäßes Gastspiel auf kinematographischem Gebiet veranstalten. Die hochaktuellen Bilder aus allen Kriegsschauplätzen, einschließlich Wasser- und Luftkrieg, sind ebenso lehrreich wie unterhaltend; dazwischen erregen eingelegte humoristische Filme — alles hochanständig und dezent — viel Heiterkeit. Die Aufführungen wurden in letzter Zeit in verschiedenen Städten bei ausverkauftem Haus gegeben.

(S.B.) Weilderstadt, 11. Juli. Zur Stadtschultheißenwahl, die am 20. Juli stattfindet, haben sich folgende Kandidaten gemeldet: Verwaltungsaktuar Schüh von hier, Dr. jur. Friedrich Karl Decker von Charlottenburg, Justizrat Combrink (Berlin), Schultheiß Belge von Deißlingen (O.V. Kottweil), Schultheiß Kohler von Disingen. Die Kandidatenvorstellung soll am Sonntag nachmittag im Gasthof zum „Rappen“ stattfinden.

(S.B.) Stuttgart, 11. Juli. Das Stadtschultheißenamt schreibt: In Ausführung der entsprechenden Bestimmungen wird, da der Fremdenverkehr in einzelnen Stadtteilen schon zu Auswüchsen geführt hat, mit Genehmigung des Ministeriums des Innern die Dauer des unbeschränkten Aufenthalts zu Kurz-, Erholungs- oder Vergnügungszwecken im Stadtbezirk von 4 auf 3 Wochen herabgesetzt.

(S.B.) Heidenheim O.V. Heidenheim, 11. Juli. Wegen außerordentlich starken Auftretens der spanischen Krankheit im hiesigen Ort mußten die beiden Schulen geschlossen werden. Der Verlauf der Krankheit ist aber durchaus gutartig.

(S.B.) Kirchheim u. T., 11. Juli. Ein junger Schafhüter waidete die Schafe über Frucht- und Rübenfelder eines Hofguts, so daß der Schafhalter dem Besitzer eine Vergütung von 1000 M leisten mußte. Einer Portion Prügel entging der Schafhüter dadurch, daß er seine Schippe mit dem Wanderstab vertauschte, ehe er gefaßt werden konnte.

#### Evangelische Gottesdienste.

Sonntag den 14. Juli (7. Sonntag n. Trin.): Vom Turm: 33. — Predigt: 333, „Wie Gott mich führt.“ — Vorm. 9 Uhr: Predigt, Dekan Zeller. Ansprache von Herrn Prälat D. von Hermann. — 1 Uhr: Christenlehre mit den Töchtern der älteren Abteilung. — 8 Uhr: Gemeindeabend im „Bad. Hof“ mit Ansprache und Vortrag des Herrn Prälaten v. Hermann und musikalischen Darbietungen des Kirchengesangvereins und Orchesters. — Montag den 15. Juli (Bezirksynode): 9 Uhr: Predigt, Stadtpf. Eberhardt von Javelstein. — Donnerstag den 18. Juli, 8 Uhr: Kriegsbetsunde, Dekan Zeller.

#### Katholische Gottesdienste.

Sonntag den 14. Juli (8. Sonntag nach Pfingsten): 8 Uhr: Frühmesse. — 9 1/2 Uhr: Predigt und Amt. — 1 1/2 Uhr: Christenlehre. — 2 Uhr: Andacht. — Montag: 8 1/2 Uhr: Badgottesdienst in Teinach. — Freitag, abends 8 Uhr: Kriegsanbacht.

#### Gottesdienste in der Methodistenkapelle.

Sonntag, vormittags 9 Uhr und abends 8 Uhr: Predigt, Prediger Fritz. Vormittags 11 Uhr: Sonntagsschule. Mittwoch abends 8 1/4 Uhr: Kriegsbetsunde.

Druck u. Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw, zur die Schriftl. verantwortl. Otto Selmann, Calw.

# Fleischbestellung und Markenablieferung.

Der Fleischbedarf für die nächsten 3 Wochen d. h.  
vom 15. Juli bis 4. August 1918  
ist mittelst der beiden auf diese Zeit lautenden Fleischbestellkarten  
abschnitte spätestens bis

**Samstag, den 13. Juli d. J.,**  
bei den Metzger zu bestellen.

Die Ablieferung dieser Bestellkartenabschnitte sowie der Fleisch-  
marken samt Quittungen durch die Metzger hat am

**Montag, den 15. Juli d. J.,**  
auf dem Oberamt zu erfolgen, und zwar

für die Metzger der Stadt Calw vormittags,  
für die Metzger der übrigen Bezirksgemeinden nachmittags,  
gleichzeitig haben die Metzger die eingelieferten

## Fettmarken M

abzuliefern.  
Calw, den 11. Juli 1918.  
R. Oberamt: Assessor Dr. Bläicher, A.-B.

Stadtschultheißenamt Calw.  
Bestellt können werden auf Lebensmittelmarken

**Nr. 54 A Käse,  
Nr. 55 A Kaffee-Ersatz,  
Nr. 56 A Suppenwürfel.**

Die Bestellmarken sind von den Kaufleuten am Mittwoch,  
den 17. ds. Mts. auf dem Stadtbauamt abzuliefern.  
Calw, den 12. Juli 1918.

Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß.

Stadtschultheißenamt Calw.

## Die Getreide selbstverfoger

deren Mahlscheine auf Ende Juli ablaufen wollen die  
**neuen Mahl- und Schrotkarten**  
unter Vorlage der letzten, am Montag, den 15. Juli 1918, vormittags  
von 8-12 Uhr, beim Stadtschultheißenamt beantragen.  
Calw, den 11. Juli 1918.

Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß.

## Emberg.

**Das Sammeln von Beeren jeder Art**  
in den hiesigen Gemeindevaubungen  
**ist für Auswärtige bei Strafe verboten**  
Gemeinderat.

Neu! Neu!

## Gedrovan-Einmach-Tabletten

Durch Zufuhrnahme der Einmach-Tabletten ist die  
**Bewertung der Früchte ohne Zucker möglich.**  
Es kann eine nachträgliche Verzückung der damit eingeholten  
Früchte durch Zucker oder Süßstoff noch nach Monaten erfolgen.  
Kolle mit 10 Tabletten, ausreichend für 20 Pfund Frucht, die  
Kolle zu 25 Pfg. zu haben im

Landw. Hausfrauen-Verein.

## Bügel-Rohlen sind wieder eingetroffen.

Bei Abnahme von ganzen Säcken ermäßigte Preise, für Wieder-  
verkäufer erfolgt billigste Berechnung.

Emil Ketter, Weilberstadt.

## Mostextrakt mit Süß-Stoff!

Erste deutsche Marke zur Herstellung eines  
vorzüglichen Hastrunkes wie Apfelwein:

Nr. 7 für 150 Liter Mk. 20.—	ohne Süßstoff	Nr. 4 für 150 Lit. Mk. 14.—
" 8 " 100 " " 14.—	" " " " " " " "	" 5 " 100 " " 10.—
" 9 " 50 " " 7.—	ab hier, Verpackung extra, unter Nachnahme.	" 6 " 50 " " 5.—

Lieferbar solange Vorrat.

Versand nur an Selbstverbraucher!

C. Fr. Köbele, Langenargen a. B. 29.

## Gesucht von alter angesehener Viehversicherungs- Gesellschaft

werden für den Amtsbezirk Calw  
**tüchtige Vertreter,**  
die in landwirtschaftl. Kreisen gut  
eingeführt sind. Es kommen neben  
der Viehlebensversicherung auch  
Versicherungen mit fester Prämie  
(Zucht- und Weiberversicherungen,  
lehre mit Einschluß der Bliz- und  
Diebstahlgefahr) in Frage. Angeb.  
erbeten unter A. B. 74 an die  
Geschäftsst. ds. Bl.

## Ein tüchtiges anständiges Mädchen

das gut bürgerlich kochen kann,  
für sofort gesucht.  
Gg. Karle, Gasthof z. Lamm,  
Schömberg.

Für unser Kontor suchen  
wir ein

## Fräulein

welches mit der Buchführung und  
allen vorkommend. Kontorarbeiten  
vertraut ist.

Papierfabrik Wildbad.

## Dienstboten- Gesuche

sind in unserem Blatte  
stets von Erfolg, da  
der größte Teil der  
Auflage auf dem Lan-  
de Verbreitung findet.

## Eine Kluckhenne mit 8 Jungen

hat zu verkaufen  
Karl Handte, Ernstmühl.

## Altburg. 5 schöne junge Hasen

hat zu verkaufen  
Jakob Frommer b. Lamm.

## Alzenberg. Einen Wurf reine Milch- Schweine

ans Fressen gewöhnt, sowie eine  
mit dem 2. Kalb trächtige  
**Fahr-Ruh**  
verkauft am Montag vorm. 8 Uhr  
Ab. Dittus.

## Erstklassige Ruh

auch gut im Zug,  
zu kaufen gesucht.  
Papierfabrik Wildbad.

## Saalbau zum Adler :: Liebenzell.

Samstag, 13., Sonntag, 14., Montag, 15. Juli.  
Spielzeit um 3 Uhr, 5 Uhr, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, je 2 Stunden.  
Täglich Programm-Wechsel.

Große, hochinteressante Aufführungen  
Ständiges Gastspiel von Direktor Binders  
**Welt-Bio-Theater**  
kinematogr. Projektions-Theater aus Stuttgart.

Von vielen Fürstlichkeiten wiederholt besucht und durch ehrende  
Atteste ausgezeichnet.  
Riesenbildfläche 16 mtr. Elekt. Vogenlicht 3000 Kerzenstärk.  
Vorführung lebender kinematographischer Kriegsaufnahmen von  
allen Kriegsschauplätzen, zu Wasser, Luft und Land.  
Mit hochinteressant, spannenden und belehrenden Momenten z. B.  
**Eine Seeschlacht. — Torpedieren und Versenken  
feindlicher Schiffe u. die Wirkung der Explosionen.**  
— Aufstieg unserer Flieger und Zeppeline. —  
Unglaubliche Kavallerie-Attaken in schwierigstem  
Gelände über Schluchten, Gräben, Felsabhänge  
und reißende Ströme. — Englische und indische  
Reiterei in London ausrückend. — Vertreibung  
der Russen aus Ostpreußen durch Hindenburg.  
Außerdem das kriegsdramatische Schauspiel „Der 3id“,  
von Pierre Cornet, sowie verschiedene humoristische Filme von  
urkomischer Wirkung.

NB. Durch den Besitz guter Apparate und erstklassiger Optik,  
reiner Bilder und 15jähriger Praxis bin ich in der Lage, eine  
nur erstklassige, künstlerische Vorführung zu garantieren.

Preise der Plätze: Für Erwachsene Sperrpl. 1.50 Mk., 1. Platz  
1.00 Mk., 2. Platz 80 Pfg., Schüler halbe Preise.

Kommt in Massen, so was bietet sich nicht gleich wieder!  
G. Binder, Zivil-Ingenieur,  
artistischer und sachtechnischer Direktor, geprüft und zertifiziert  
vom R. K. Technologischen Gewerbemuseum Wien I.

Das Unternehmen kommt  
von Donnerstag, den 19. ds. bis Sonntag, den  
21. ds. nach Calw, in den Dreiß'schen Saal.

## Had- u. Häufelpflüge, Kreisholzsaegen, Sägelagerungen und Sägeblätter, Dreschmaschinen u. Puhmühlen, Futterschneidmaschinen, Brüdentwagen und Transmissionen

empfehlen  
Gg. Wackenhuth, landw. Maschinen-Werkstätte.

## Photographisches Atelier C. Fuchs, Calw

empfehlen sich für  
**Vergößerungen**  
in bester Ausführung zu bekannt mässigen Preisen. — Telefon 87.  
Sämtliche Artikel und Arbeiten für Liebhaberphotographen.

Suche  
**1/2 Familienhaus**  
mit Garten zum September  
zu mieten oder zu kaufen.  
Angebote unter C. B. 100 an  
die Geschäftsstelle dieses Blattes.

## Ehepaar sucht schöne Wohnung

mit allem Zubehör zum 1. Januar  
oder 1. April 1919 zu mieten,  
oder auch

## Einfamilien-Haus

zu kaufen in schöner Lage. Angeb.  
an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.  
Ein starker, wenig gebrauchter  
**Rinderleiterwagen**  
ist zu verkaufen  
Vorstadt 277.

## Wegen Wegzug eine Wohnung

mit 3 Zimmer und Zubehör auf 1.  
Oktober zu vermieten.  
Zu erfragen bei  
Herrn Groß z. Scharfen Ed.,

## Ruhige kinderlos. Familie sucht auf 1. Oktober oder früher eine 2-Zimmerwohnung

mit Gas und allem Zubehör. Zu  
erfragen bei der Geschäftsst. d. Bl.

Guterhaltener  
**Sekretär**  
zu kaufen gesucht.  
Angeb. mit Preisangabe erbeten.  
Zad., Bezirkskommando.